

Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 31 04.08.2017

forsa	Emnid	infratest dimap
-------	-------	-----------------

Wähleranteile:	Union bei 40 % bzw. 38 %, SPD bei 23 % bzw. 22 %
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen leicht
Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden Lage in der Türkei wird als größte Bedrohung wahrgenommen
Wichtigstes Thema:	Abgas- bzw. Dieselskandal

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS	
CDU/CSU	40 (-)	38 (-)	
SPD	22 (-)	23 (-1)	
FDP	8 (-)	8 (-)	
DIE LINKE	8 (-1)	10 (+1)	
B'90/Grüne	8 (-)	8 (-)	
AfD	8 (+1)	8 (-1)	
Sonstige	6 (-)	5 (+1)	
Erhebungszeitraum	2428.07.	27.0702.08.	

Die Union liegt bei forsa 18 (-) und bei Emnid 15 (+1) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
Merkel	52 (-)	
Schulz	21 (-2)	
keinen von beiden	27 (+2)	
Erhebungszeitraum	2428.07.	

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 31 (+2) Prozentpunkte vor Martin Schulz. Der Wert von 21 % für Schulz ist der niedrigste seit seiner Nominierung im Januar 2017.

93 % (+1) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Merkel und 3 % (-) Schulz.

Von den SPD-Anhängern würden sich 63 % (-1) für Schulz und 22 % (-2) für Merkel entscheiden.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (06.08.2017)

Problemlösungskompetenz

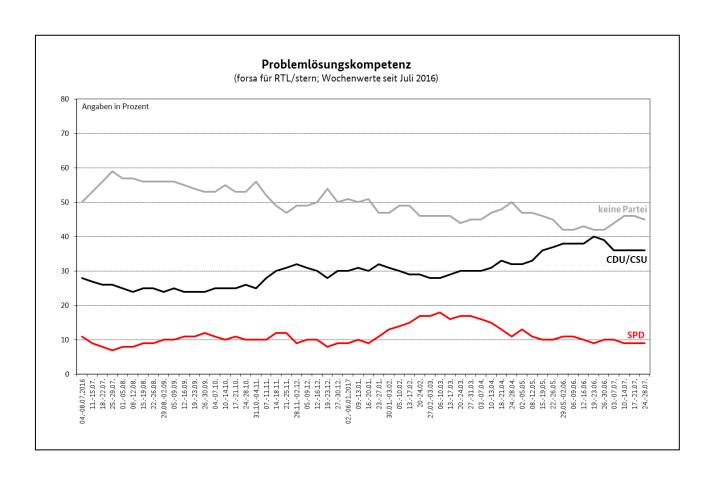
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	36	(-)
SPD	9	(-)
sonstige Parteien	10	(+1)
keine Partei	45	(-1)
Erhebungszeitraum	2428.07.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 27 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

45 % (-1) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

80 % (+4) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 37 % (-1) von ihrer Partei.



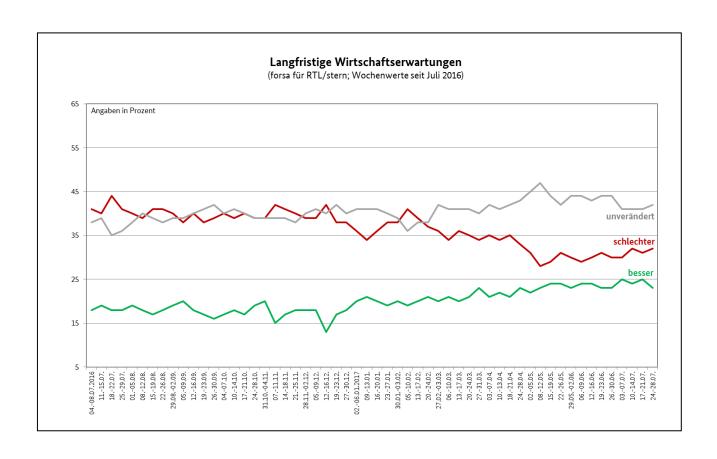
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	23 (-2)	
schlechter	32 (+1)	
unverändert	42 (+1)	
Erhebungszeitraum	2428.07.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 9 (+3) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 28

7 inguber in 1 Tozene, in 1 engleten zur 1997 zu			
	forsa ^{für} BPA		
sehr große	14	(+2)	
große	49	(-)	
wenig	30	(+1)	
keine	7	(-1)	
Erhebungszeitraum	2428	.07.	

Ostdeutsche (69 %) und Anhänger der AfD (78 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (71 % zu 54 %) und über 30-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (67 % zu 50 %).

Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 28

	fors für Bl	
Türkei	20	(+12)
USA	13	(-3)
Asylbewerber, Flüchtlinge	12	(+1)
Syrien	12	(-1)
Naher Osten, arabische Länder	10	(+1)
Krieg/Terrorismus allgemein	9	(-)
Asien, Nordkorea	8	(-5)
Islamischer Staat (IS)	6	(-2)
Russland	6	(-)
Erhebungszeitraum	2428	3.07.

Nach Meinung der Bundesbürger droht von der Lage in der Türkei die größte Gefahr für Deutschland.

Gutverdiener und Personen mit mittlerer formaler Bildung (jew. 25 %) sowie Anhänger der Union (26 %) nennen die <u>Lage in der Türkei</u> überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland.

Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 28

	forsa für BPA	
sollte mehr Verant-	35 (-1)	
wortung übernehmen	33 (-1)	
sollte weniger Verant-	9 (+1)	
wortung übernehmen	9 (+1)	
Deutschland tut	53 (-)	
bereits genug	53 (-)	
Erhebungszeitraum	2428.07.	

Personen mit hoher formaler Bildung (43 %) und Gutverdiener (42 %) sowie Anhänger der Linkspartei (49 %), der Grünen (45 %) und der FDP (40 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (30 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland <u>weniger</u> <u>Verantwortung</u> übernehmen sollte.

Geringverdiener, Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (jew. 60 %), Frauen und über 60-Jährige (jew. 58 %) sowie Anhänger der Union (62 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 28

	forsa ^{für} BPA	
nimmt zu viel		
Rücksicht auf andere	37 (+5)
EU-Mitgliedstaaten		
nimmt zu wenig		
Rücksicht auf andere	16 (-1	.)
EU-Mitgliedstaaten		
verhält sich alles in allem	42 (-3	
genau richtig	42 (-3	J
Erhebungszeitraum	2428.07.	

Ostdeutsche, Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (jew. 44 %) und 30- bis 44-Jährige (42 %) sowie Anhänger der AfD (59 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (30 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Personen mit hoher formaler Bildung (48 %) und Gutverdiener (47 %) sowie Anhänger der Union (52 %) und der Grünen (50 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infra dim für B	ар
Abgas- bzw. Dieselskandal/Kartellvorwürfe gegen deutsche Autobauer	30	(+18)
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	16	(-6)
US-Präsidentschaft Donald Trump	12	(+4)
Politische Situation in der Türkei allgemein	6	(-15)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik	5	(+2)
G20-Gipfel	5	(-4)
Erhebungszeitraum	0102	2.08.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit dem Abgas- bzw. Dieselskandal. Überdurchschnittlich häufig sehen 50- bis 64-Jährige (40 %) und Personen mit hoher formaler Bildung (38 %) sowie Anhänger der FDP (45 %), der Union (37 %) und der AfD (35 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Gutverdiener nennen es häufiger als Geringverdiener (39 % zu 20 %) und Männer häufiger als Frauen (36 % zu 25 %). Unter 35-Jährige (18 %) nennen den Diesel- bzw. Abgasskandal unterdurchschnittlich oft

Anhänger der AfD (34 %) und der SPD (21 %) erwähnen die Flüchtlingsströme bzw. die europäische Einwanderungspolitik besonders häufig. Unter 35-Jährige (9 %) nennen auch dieses Thema unterdurchschnittlich oft. Sie beschäftigen sich überdurchschnittlich häufig mit dem G20-Gipfel (12 %).

